Bilanzpressekonferenz 27. Februar 2024

Es gilt das gesprochene Wort!

Ausführungen von
Stefan G. Reuß
Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen

- I. Begrüßung
- II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen
- III. Weitere Entwicklung
- IV. Fazit

I. Begrüßung

Auch von mir ein herzliches Willkommen zu unserer Bilanzpressekonferenz in Frankfurt. 2023 war wieder ein sehr ereignisreiches, ja turbulentes Jahr. Wer gehofft hatte, dass die Welt endlich wieder in ruhigere Fahrbahnen einschwenken würde, sah sich gründlich getäuscht. Denn es war erneut ein Jahr mit vielen alten und leider auch mit einigen neuen Krisenherden.

II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen

In diesem geopolitisch und gesamtwirtschaftlich ganz und gar nicht leichten Umfeld haben sich die Sparkassen in Hessen und Thüringen wieder recht wacker geschlagen.
Unseren Instituten ist es im vergangenen Geschäftsjahr gelungen, ihr Kundengeschäft stabil zu halten und ihre Ertragskraft zu steigern.

Zwar ist die Bilanzsumme der Häuser insgesamt um 4,3 Mrd. Euro bzw. 2,8% auf 152,0 Mrd. Euro gesunken. Die Ursachen für dieses Minus sind aber im Interbankengeschäft und bei den Wertpapiereigenanlagen zu suchen, die beide zurückgefahren wurden. Im Kredit- und Einlagengeschäft, aber auch im Wertpapiergeschäft mit Kunden haben die Sparkassen dagegen Zuwächse in unterschiedlichem Ausmaß verzeichnet. Ich werde gleich näher darauf eingehen.

Beginnen möchte ich mit dem Kundenkreditgeschäft. Der Kreditbestand unserer Sparkassen hat sich 2023 über alle Kundensegmente hinweg um 0,6 Mrd. Euro bzw. 0,7% erhöht. Die Wachstumsrate fiel damit deutlich niedriger aus als im Vorjahr (+5,2%). Das ist für mich aber nicht das Entscheidende. Der eigentliche Nachrichtenwert liegt vielmehr darin, dass der Kreditbestand angesichts der doch sehr ungünstigen Rahmenbedingungen überhaupt gewachsen ist!

Deutschland beim Wirtschaftswachstum Tabellenletzter

Schließlich war das vergangene Jahr für die Wirtschaft – für Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen – alles andere als leicht. Deutschland ist seit dem Schlussquartal 2022 wirtschaftlich buchstäblich die Puste ausgegangen. Im Laufe des Jahres 2023 wurde es dann mit einem Minus von 0,3% beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf den letzten Tabellenplatz der Industrieländer durchgereicht.

Für diese Entwicklung gibt es verschiedene Gründe. Zum einen sind jetzt auch bei uns die Folgen der abrupten und heftigen Zinswende zu spüren, die die Notenbanken im Sommer 2022 eingeleitet hatten, um die immer stärkere Geldentwertung in den Griff zu bekommen. Die Bekämpfung von Inflation funktioniert im Prinzip wie bei einem Heißluftballon. Der wird zur Landung gebracht, indem die heiße Luft abgelassen wird. In übertragenem Sinne nimmt

auch eine restriktive Geldpolitik gezielt Luft aus der Wirtschaft: Sie erhöht die Zinssätze und bremst dadurch die Nachfrage nach Krediten und so am Ende eben auch die Wirtschaftsdynamik.

Gewaltiger Transformationsprozess bei ungünstigen Rahmenbedingungen

Für die rückläufige Entwicklung hierzulande ist aber nicht nur dieser Mechanismus verantwortlich zu machen. Es gibt dafür auch Deutschland-spezifische Gründe. Wir befinden uns in einem gewaltigen Transformationsprozess, der sehr stark von der Klima- und Energiewende geprägt ist. Dieser Umbau wäre schon unter normalen Umständen sehr sportlich und anspruchsvoll. Er muss jetzt aber on top noch unter sehr ungünstigen Rahmenbedingungen vollzogen werden.

So ist die immer noch stark von der Industrie geprägte deutsche Wirtschaft nach dem Wegfall der günstigen russischen Gaslieferungen in besonderem Maße von den hohen Energiepreisen betroffen. Darüber hinaus gehen von der Exportwirtschaft nicht mehr die früheren kräftigen Impulse aus. 2023 sind die Ausfuhren nach Europa, vor allem aber auch nach China und in die USA deutlich gesunken. Hier haben sich die abgeschwächte Weltkonjunktur, aber auch veränderte Handelsströme bremsend ausgewirkt.

Es sind ja inzwischen Stimmen zu hören, die die bisherige Exportorientierung kritisch, ja geradezu als "Geschichte einer deutschen Obsession" deuten. Über den traditionell ausgeprägten Exportfokus von "Made in Germany" kann man sicherlich diskutieren. Fakt ist aber auch, dass der Außenhandel bei uns eine wesentliche konjunkturelle Stütze ist und es auch bleiben wird – zumal der private Konsum trotz eines erstaunlich robusten Arbeitsmarktes im vergangenen Jahr aufgrund der ungeachtet der geldpolitischen Straffung anhaltend hohen Verbraucherpreise nur relativ schwach ausgefallen ist.

Sparkassen bauen Bestände bei langfristigen Krediten aus

Trotz dieser insgesamt ungünstigen Umstände sind die Ausleihungen unserer Mitgliedssparkassen an Unternehmen und Selbständige 2023 um 0,7 Mrd. Euro bzw. 1,4% gestiegen. Der Zuwachs entfiel dabei ausschließlich auf den langfristigen Kreditbestand, der um 2,0% nach oben gegangen ist. Hier hat sicherlich die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen eine wichtige Rolle gespielt. Denn die haben sich im Gegensatz zu den anderen Investitionsarten und den übrigen Bestandteilen der Verwendungsrechnung des BIP um 3,0% deutlich verbessert. Bei ihnen gab es offensichtlich insbesondere im Zusammenhang mit der Klimawende und den verstärkten Digitalisierungsanstrengungen eine Art Sonderkonjunktur.

Wir hoffen, dass sich diese Entwicklung in den kommenden Monaten fortsetzen und vielleicht auch auf andere Investitionssegmente überspringen wird. Bei unserem Neukreditgeschäft mehren sich zumindest die Anzeichen, dass die Talsohle erreicht ist. Zwar sind die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbständige in unserem Verbandsgebiet im vergangenen Jahr insgesamt um 29,4% zurückgegangen. Mit 603 Mio. Euro lag das Volumen der Zusagen im Dezember aber schon wieder deutlich höher als im Oktober (377 Mio. Euro) und auch im November (473 Mio. Euro).

Noch anspruchsvoller waren 2023 die Rahmenbedingungen im Kreditgeschäft mit Privatpersonen. Gleichwohl sind dort die Bestände bei unseren Mitgliedssparkassen praktisch stabil geblieben (-39 Mio. Euro bzw. -0,1%). Die Wohnungsbaukredite sind in der Summe sogar leicht um 43 Mio. Euro bzw. 0,1% gewachsen.

Im vergangenen Jahr ist der private Wohnungsbau wegen der gestiegenen Zinsen sowie der hohen Baukosten und Immobilienpreise förmlich eingebrochen. Bundesweit sollen inzwischen mindestens 700.000 Wohnungen fehlen. Es ist also dringend erforderlich, dass es auf dem Bau endlich wieder vorangeht. Auch wenn das momentan nur schwer vorstellbar erscheint, rechne ich aber zumindest im Segment des Wohneigentums perspektivisch wieder mit anziehenden Aktivitäten. Denn der fehlende Wohnraum wird das Mietniveau weiter ansteigen lassen, was dem Wohneigentum in die Karten spielen dürfte. Darüber hinaus sind die Bauzinsen gerade wieder gesunken.

Neugeschäft bei Baufinanzierungen stabilisiert sich

Auch bei unseren Sparkassen hat die Nachfrage nach Baufinanzierungen zuletzt wieder leicht angezogen. Zwar sind die Zusagen bei den privaten Wohnungsbaukrediten 2023 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 45% zurückgegangen. Die Lücke schließt sich dort allerdings langsam wieder: Im Juni hatte das Minus noch über 57% betragen. Ende des Jahres lagen die Zusagen fast schon wieder auf Augenhöhe mit dem Dezember-Wert des Vorjahres. Man muss das nicht überbewerten. Es macht aber doch etwas Hoffnung auf bessere Zeiten.

Hoffen alleine wird uns aber nicht weiterhelfen. Um den Wohnungsbau wieder voran zu bringen und die Wohnungsnot zu lindern, braucht es zum einen bei der öffentlichen Förderung Verlässlichkeit und Stabilität. Das war in der letzten Zeit leider nicht immer der Fall. Zum anderen gilt es kritisch zu überprüfen, ob bestimmte aufsichtliche Maßnahmen noch ihren Zweck erfüllen oder inzwischen nicht vielmehr kontraproduktiv wirken.

In den vergangenen zwei Jahren hat die Aufsicht den inländischen antizyklischen Kapitalpuffer von 0,75% scharf geschaltet und einen sektoralen Systemrisikopuffer für Wohnimmobilien von 2,00% eingeführt, der die Kapitalanforderungen für derartige Finanzierungen entsprechend erhöht und sich somit auch auf den Endkundenzins auswirkt. Diese Kapitalpuffer sind stets aus hartem Kernkapital – der hochwertigsten Kapitalkategorie von Banken und Sparkassen – vorzuhalten. Diese Zuschläge können über den Kreditzyklus variiert werden. Bei übermäßiger gesamtwirtschaftlicher Kreditentwicklung kann die Aufsicht solche Puffer erheben, die sie dann aber später wieder freigeben kann. Die Aufsicht hat hier also Spielräume.

Nun kann man darüber diskutieren, ob die Einführung der beiden Puffer damals tatsächlich erforderlich war. Die Jahre 2021 und 2022 waren aber immerhin von einem überdurchschnittlichen Kreditgeschäft gekennzeichnet. Das hat sich 2023 fundamental geändert. Eine übermäßige gesamtwirtschaftliche Kreditentwicklung lag und liegt derzeit auch nicht ansatzweise vor. Im Gegenteil: Im vergangenen Jahr hat sich das Volumen der neu vergebenen Wohnungsbaukredite unserer Mitgliedsinstitute im Vergleich zu 2022 fast halbiert und liegt mit 3,2 Mrd. Euro etwa auf dem Niveau von 2010. Bei anderen Instituten und Institutsgruppen sieht das ähnlich aus.

Kapitalpuffer passen nicht mehr in die Zeit

In dieser Situation wäre deshalb eigentlich zu erwarten, dass die Aufsicht ihre Spielräume nutzt und die Puffer wieder aufhebt. Das hat sie aber bislang nicht getan, obwohl diese Zuschläge nicht mehr in die Zeit passen. Sie engen die Kreditvergabemöglichkeiten der Institute ein und machen damit Finanzierungen tendenziell teurer, und das zu einem Zeitpunkt, in dem ein Riesenbedarf an neuem Wohnraum besteht. In diesem veränderten Umfeld wirken die Kapitalpuffer deshalb inzwischen eindeutig prozyklisch und eben nicht – wie ursprünglich beabsichtigt – antizyklisch. Auf diese Gefahr haben wir schon bei der Einführung der Puffer hingewiesen.

Dem Keynesianischen Konzept der antizyklischen Fiskalpolitik ist ja oft der Vorwurf gemacht worden, dass es in der Praxis nur in Abschwungphasen funktioniere, bei denen der Staat die Wirtschaft über Steuersenkungen, Subventionen und zusätzliche Investitionen ankurbele. Im Aufschwung habe der Fiskus dagegen meist nicht die Kraft oder den Willen, diese Stimulation der neuen Situation anzupassen und entsprechend zurückzudrehen.

Die Gefahr einer solch einseitigen Mechanik sehe ich auch bei den erwähnten Kapitalpuffern. Man kann den Eindruck gewinnen, dass hier seitens der Aufsicht nur die Bremse als technisches System akzeptiert wird, unabhängig davon, wie sich die Lage an den Kreditmärkten gerade gestaltet. Für diesen starren restriktiven Fokus spricht im Übrigen auch die mögliche Ermächtigung der BaFin, künftig Obergrenzen für einkommensbezogene Kreditvergabe-Standards anzuordnen.

Die BaFin hat festgestellt, dass mittlerweile etwa 15% der Neuschuldner bei Baufinanzierungen mindestens die Hälfte ihres Nettoeinkommens für die monatliche Kreditrate aufbringen. Das wird seitens der Aufsicht als deutlich zu hoch bewertet. Dem soll ggf. durch Obergrenzen entgegengewirkt werden. Je nachdem, wie diese festgelegt werden, droht hier der Baufinanzierung und damit dem dringend benötigten Wohnungsbau der nächste Schlag.

Mit solchen Maßnahmen würde aber unter Berufung auf eine vermeintliche Sicherung der Finanzstabilität auch in die Vertragsfreiheit der Kreditinstitute und ihrer Kundinnen und Kunden eingegriffen. Eine solchermaßen standardisierte Kreditvergabe hätte am Ende zur Folge, dass manche Kreditanträge nicht mehr berücksichtigt werden können, obwohl die Bank oder Sparkasse – und natürlich auch der Kunde – das Geschäft vielleicht durchaus gerne gemacht hätten.

Leitlinien der Sparkassen für Kreditvergabe haben sich bewährt

Die Sparkassen benötigen in diesem Bereich keine amtlichen Obergrenzen. Die Kreditvergabe stellt unser traditionelles Brot- und Buttergeschäft dar. Es liegt deshalb schon im ureigenen Interesse der Institute, dass ihre Kundinnen und Kunden ihre Kredite zurückzahlen können und von den Zins- und Tilgungsleistungen nicht überfordert werden. Wir haben Leitlinien und Standards zur Kreditvergabe etabliert, die sich über die Zeit bewährt haben und die ständig weiterentwickelt werden. Dass diese Leitlinien zuverlässig funktionieren, spiegelt der Risikovorsorgebedarf im Kreditgeschäft wider, der bei unseren Sparkassen seit Jahren stabil auf einem niedrigen Niveau liegt.

Sparkassen mit stabilem Einlagenbestand

Damit wechsle ich zur Passivseite. Es ist ja vermutet worden, dass die Zinswende gerade bei Sparkassen und Volksbanken erhebliche Abflüsse bei den Kundeneinlagen auslösen werde. In unserem Verbandsgebiet war das im vergangenen Jahr nicht der Fall. Die Kundenverbindlichkeiten der Sparkassen in Hessen und Thüringen sind mit einem leichten Plus von 167 Mio. Euro bzw. 0,1% insgesamt stabil geblieben.

Interne Umschichtungen hat es dabei aber durchaus gegeben, nämlich von Spar- und Sichteinlagen in befristete Einlagen. Während die Spareinlagen und die Täglich fälligen Gelder um 15,9% bzw. 8,7% schrumpften, legten die Eigenemissionen und Termingelder um 182,5% bzw. 191,1% zu.

Kundenwertpapiergeschäft zieht an

Die Zinswende hat im vergangenen Geschäftsjahr auch dem Kundenwertpapiergeschäft unserer Sparkassen keinen Abbruch getan. Das lag vor allem daran, dass inzwischen auch bei den festverzinslichen Wertpapieren wieder attraktive Zinscoupons zu finden sind. Insgesamt haben die Käufe der Sparkassenkunden um 24,7% auf 10,6 Mrd. Euro zugelegt. Bei den festverzinslichen Wertpapieren schlug sogar ein Plus von fast 116% zu Buche. Dagegen sind die Käufe von Aktien und Investmentfonds um 29% bzw. knapp 11% zurückgegangen.

Gleichzeitig haben die Sparkassenkunden 2023 auch mehr Wertpapiere verkauft (+25%). Da die Verkäufe in absoluten Zahlen aber erheblich niedriger als die Käufe lagen, hat sich der Nettoabsatz deutlich um etwa 24% verbessert. Die Wertpapierumsätze der Sparkassen sind insgesamt um knapp 25% auf gut 17 Mrd. Euro nach oben gegangen.

Ertragsentwicklung

Damit komme ich zur Ertragsentwicklung. Wir haben ja schon bei der Präsentation der Halbjahreszahlen auf Basis der Prognose durchblicken lassen, dass die Zinswende der Europäischen Zentralbank (EZB) den Sparkassen ertragsmäßig guttut. Das hat sich im weiteren Jahresverlauf bestätigt.

Der Zinsüberschuss der Sparkassen in Hessen und Thüringen hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 577 Mio. Euro bzw. 26,7% auf gut 2,7 Mrd. Euro erhöht. Zwar entfallen rund 60% dieses Anstiegs auf das Zinsergebnis aus Derivaten, also auf Zinssicherungsgeschäfte. Allerdings hat sich auch der Saldo aus Zinsertrag und Zinsaufwand um 225 Mio. Euro verbessert. Bezogen auf die Durchschnittliche Bilanzsumme (DBS) liegt die Zinsspanne jetzt mit 1,80% um 0,40%-Punkte höher als 2022.

Rückenwind kam zudem vom Provisionsüberschuss der Sparkassen, der 2023 um 29 Mio. Euro bzw. 3,1% auf 960 Mio. Euro zugelegt hat. Gestiegen ist im Berichtsjahr auch der Verwaltungsaufwand, nämlich um 133 Mio. Euro bzw. 6,7% auf gut 2,1 Mrd. Euro. Das prozentuale Gros dieser Steigerung entfiel auf den Sachaufwand mit + 8,3%. Hier hat sich die hohe Inflationsrate bemerkbar gemacht. Auch der Personalaufwand ist 2023 mit 5,7% nach oben gegangen. Hier hat sicherlich der letzte Tarifabschluss mit seinen Inflationsausgleichszahlungen schon eine Rolle gespielt, der seine tabellenrelevante Wirkung aber erst in diesem Jahr entfalten wird. Angesichts des bereits spürbaren demografischen Wandels haben viele Sparkassen aber auch verstärkt Investitionen getätigt.

Betriebsergebnis vor Bewertung steigt um über 40%

Insgesamt hat sich das Betriebsergebnis vor Bewertung 2023 um 476 Mio. Euro bzw. 41,7% auf über 1,6 Mrd. Euro verbessert. Nach Bewertung und vor Dotierung der Vorsorgereserven lag das Betriebsergebnis bei gut 1,7 Mrd. Euro. Es ist unseren Sparkassen also gelungen, auch das Nachbewertungs-Ergebnis sauber über die Linie zu bringen. Das war 2022 noch anders. Da hatte die abrupte Zinswende auf die Gewinn- und Verlustrechnungen der Sparkassen ja nicht nur Licht geworfen, sondern in Form von Abschreibungserfordernissen im Wertpapierbereich mit 1,3 Mrd. Euro eben auch Schatten.

Wir haben seinerzeit darauf hingewiesen, dass es sich dabei nur um temporäre Kursverluste bei den Eigenanlagen handelt, weil die Sparkassen diese Wertpapiere in der Regel bis zur Endfälligkeit und damit bis zur Rückzahlung des Nennwertes halten. So ist es jetzt auch gekommen. Gleichwohl hatten unsere Institute im Geschäftsjahr 2022 die Kursverluste nach den geltenden Rechnungslegungsvorschriften weitgehend als Buchwertkorrekturen abgebildet. Etliche Häuser mussten zum ersten Mal seit vielen Jahren Vorsorgereserven in einem Gesamtvolumen von etwa 400 Mio. Euro auflösen, um diese Kursverluste im Ergebnis abzufangen. Spare in der Zeit, so hast Du in der Not. Dies empfehlen wir nicht nur unseren Kunden, sondern Sparkassen verfahren auch selbst nach diesem Motto.

Negativfolgen der Zinswende sind abgehakt

Damit sind diese Negativfolgen der Zinswende jetzt aber auch abgehakt und die Belastungen ausgeschwitzt. Im Jahr 2023 hat sich das Bewertungsergebnis bei den Wertpapieren gedreht. Statt Abschreibungen im Milliardenbereich konnten die Sparkassen diesmal Zuschreibungen von 249 Mio. Euro verbuchen.

Etwas höher als im Vorjahr lag dagegen die Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Hier haben unsere Sparkassen 2023 Wertberichtigungen von 156 Mio. Euro vorgenommen, nach 13 Mio. Euro im Jahr 2022. Trotz der gestiegenen Zahl der Insolvenzen bewegt sich das alles also noch in einem normalen Rahmen. Wir werden die Entwicklung weiterhin sorgfältig im Blick behalten.

Eigenmittel erhöhen sich auf 14,6 Mrd. Euro

Das deutlich verbesserte Betriebsergebnis hat die Sparkassen in Hessen und Thüringen 2023 in die Lage versetzt, ihre Vorsorgereserven mit 652 Mio. Euro zu dotieren und den Speicher damit nach den im vorangegangenen Geschäftsjahr erforderlichen Auflösungen mehr als nur wieder aufzufüllen. Die Eigenmittelausstattung der Sparkassen verbesserte sich erneut, nämlich um 1,3% auf 14,6 Mrd. Euro. Davon entfielen 13,8 Mrd. Euro auf das Kernkapital. Zum 31. Dezember 2023 lag die Gesamtkapitalquote bei 18,6% und die Kernkapitalquote bei 17,6%.

III. Weitere Entwicklung

Wie sehen nun die weiteren Aussichten aus? Die vergangenen Jahre waren durch eine Vielzahl von Krisen geprägt. Das fing 2020 mit der Corona-Pandemie an, dann kam der Krieg in der Ukraine, der unter anderem Verwerfungen an den Energiemärkten und hohe Inflationsraten mit sich brachte. Es folgte die viel zu späte und abrupte Zinswende mit ihrer Bremswirkung. Flankiert wird das Ganze durch altbekannte Konflikte wie den amerikanischchinesischen Handelsstreit, aber auch eskalierende Krisenherde, zum Beispiel im Nahen Osten.

Angesichts einer Welt im Dauerkrisenmodus verwundert es nicht, dass Deutschland zunehmend einen erschöpften Eindruck macht und die Stimmung der Wirtschaft im Keller ist. Der ifo-Geschäftsklimaindex hat sich zu Beginn des Jahres 2024 weiter auf nur noch 85 Punkte verschlechtert. Viele Branchen und Unternehmen wollen ihre Investitionen weiter drosseln oder zumindest nicht ausbauen. Und auch von fiskalischer Seite sind nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 auf absehbare Zeit keine großen Impulse mehr zu erwarten.

Schuldenbremse als Chancenbremse

Vor dieser Kulisse ist es meiner Meinung nach unerlässlich, sich jetzt intensiv mit einer Reform der Schuldenbremse auseinanderzusetzen. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Weltfinanzkrise und den späteren Erfahrungen mit der europäischen Schuldenkrise war es sicherlich verständlich, dass die deutsche Politik 2009 die Verfassungsregeln für die öffentliche Verschuldung grundlegend neu geregelt hat. In der Rückschau haben sich diese Regelungen im Endeffekt aber als Chancenbremse erwiesen, die verhindert hat, dass die langen Jahre der Negativ- und Nullzinsen für massive Investitionen genutzt wurden, um die Infrastruktur auf allen Ebenen auf Vordermann zu bringen. Dadurch hätte man der Dauerniedrigzinsphase wenigstens etwas Positives abgewinnen können.

Der Modernisierungsstau bei den Schulen, im Verkehrssektor und der Telekommunikation hat sich dadurch vielerorts noch verschlimmert. Jetzt müssen diese über die Jahre verschleppten Investitionen in einem ganz anderen Zinsumfeld nachgeholt werden und darüber hinaus auch noch mit der Großen Transformation im Klima- und Energiesektor sowie der Digitalisierung konkurrieren.

Akzeptanz für klimagerechte Energiewende nur mit mehr Tempo und Investitionen

Während andere Wirtschaftsräume wie die USA und China für diese Zwecke ohne Rücksicht auf Verluste öffentliche Gelder ausgeben, sind dem deutschen Fiskus wegen der eng gesetzten Grenzen der Neuverschuldung weitgehend die Hände gebunden. Ich halte das gerade auch mit Blick auf das Ziel einer klimagerechten Energiewende für sehr

problematisch. Viele Menschen verbinden momentan mit diesem Thema vor allem die hohen Transformationskosten, mit denen sie belastet werden.

Die erforderliche breite Akzeptanz in der Bevölkerung lässt sich auf diese Weise nicht herstellen. Vielmehr müsste die öffentliche Hand selbst als Vorbild massiv investieren und Anreize dafür schaffen, dass Unternehmen und Private mitziehen. Dafür muss man Geld in die Hand nehmen. Das wären Investitionen in die Zukunft, anstatt sich mit einer möglicherweise längeren Phase der wirtschaftlichen Depression abzufinden. Die Sparkassen stehen gerne dafür bereit, den unverändert dringend erforderlichen Umbau mitzufinanzieren. Dafür muss aber insbesondere im politischen Bereich das passende Umfeld geschaffen werden.

Sachverständigenrat mit ausgewogenem Reformvorschlag

Der Sachverständigenrat Wirtschaft hat gerade einen ausgewogenen Vorschlag für eine Reform der Schuldenbremse präsentiert, der an drei Stellen Anpassungen vorsieht: Dieser Ansatz schlägt erstens eine Übergangsphase nach der Ausnahmeklausel vor, in der das zulässige strukturelle Defizit zwar über der normalen Regelgrenze liegen darf, dann aber Jahr für Jahr zurückgeführt werden muss. Zweitens soll die Regelgrenze für das jährliche strukturelle Defizit je nach Schuldenstandsquote gestaffelt und bei niedrigen Quoten erhöht werden. Und drittens soll der jeweilige konjunkturelle Bedarf künftig methodisch besser abgebildet werden. In der Summe könnte die Schuldenbremse damit flexibler gehandhabt werden, ohne sie auszuhebeln.

Insgesamt fallen die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland für das Jahr 2024 nur verhalten aus. Immerhin spekulieren die meisten Prognosen auf eine Erholung im Jahresverlauf und ein Miniwachstum von etwa 0,3%. Da die Lage im Außenhandel und bei den Bauinvestitionen wahrscheinlich weiterhin schwierig bleiben wird, gilt der inländische Konsum als Hoffnungsträger. Voraussetzung ist allerdings, dass die Situation am Arbeitsmarkt stabil bleiben und die Kaufkraft durch dynamische Tarifabschlüsse und den nachlassenden Preisauftrieb gestärkt werden wird.

Inflation wird bleiben

Ob sich das Problem der Inflation in diesem und im nächsten Jahr tatsächlich auflösen und der von vielen ersehnte Weg dann für Zinssenkungen frei sein wird, muss sich erst noch weisen. Bundesbankpräsident Nagel hat deutlich gemacht, dass die Inflation ein "gieriges Biest" bleiben wird. Er erwartet deshalb für die nahe Zukunft einen "holprigen Weg mit einem Auf und Ab".

Zinsgipfel scheint erreicht – Spielraum für Zinssenkungen aber nicht sonderlich groß

Der Zinsgipfel bei den Notenbanken scheint jedoch erst einmal erreicht zu sein. Ob, wann und in welchem Umfang die EZB die Leitzinsen wieder heruntersetzen wird, lässt sich schwer vorhersagen. Aus meiner Sicht ist der Spielraum für Senkungen gar nicht so groß. Wir leben inzwischen wieder in einer etwas normaleren Zinswelt und das ist auch gut so, auch wenn sich der eine oder die andere offensichtlich erst wieder daran gewöhnen müssen. Obwohl die Dauerniedrigzinsphase gerade mal anderthalb Jahre vorbei ist, scheint bei manchen schon wieder die Erinnerung zu verblassen, welche negativen Auswirkungen das süße Gift des billigen Geldes für Sparer, Versicherer, Pensionskassen, Banken und Sparkassen und letztendlich auch die Realwirtschaft hatte.

Was die Geschäftsentwicklung unserer Sparkassen anbelangt, rechne ich im Kundengeschäft ähnlich wie im vergangenen Jahr grundsätzlich wieder mit einer Seitwärtsbewegung. Die Jahre der hohen Bestandszuwächse sind auf absehbare Zeit erst einmal vorbei. Dafür fehlt schlichtweg die gesamtwirtschaftliche Dynamik. Ich erwarte deshalb, dass die Kredit- und Einlagenbestände unserer Sparkassen in diesem Jahr in etwa stabil bleiben werden.

Wachstumspotenzial sehe ich hingegen beim Wertpapiergeschäft mit Kunden, das derzeit einem Perpetuum mobile ähnelt: Bleiben die Zinsen einigermaßen stabil, hält das die festverzinslichen Wertpapiere attraktiv. Senkt die EZB dagegen die Zinsen, werden davon Aktien und Investmentfonds wieder profitieren.

Ertragsprognose: Sind die guten Zeiten schon wieder vorbei?

Was die künftige Ertragsentwicklung anbelangt, sind ja bereits die ersten Stimmen zu vernehmen, wonach die guten Zeiten für die Kreditwirtschaft schon wieder vorbei sein könnten, bevor sie eigentlich so richtig angefangen haben. Als Gründe für diese These werden die sich verengenden Zinsmargen, die verhaltene wirtschaftliche Dynamik und Kreditnachfrage, das eingebrochene Neukreditgeschäft, die Gefahr zunehmender Kreditausfälle und für Insider die Kosten für eine immer abenteuerlichere Regulatorik gesehen. Diese beschriebenen Faktoren sind nicht falsch und wir werden mit Sicherheit beim Zinsüberschuss im Gegensatz zum Vorjahr nur eine verhaltene Entwicklung sehen. Wenn wir uns die Prognosezahlen anschauen, dann können wir jedoch bei allen Unsicherheiten zuversichtlich sein, dass die Sparkassen in Hessen und Thüringen auch 2024 wieder ein ordentliches Betriebsergebnis vor und nach Bewertung einfahren werden.

Die Zeiten werden für die Kreditwirtschaft zweifellos anspruchsvoll bleiben und zwar nicht nur wegen der momentan schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die Sparkassenorganisation beschäftigt sich derzeit sehr stark mit den Themen Personal und Arbeitgeberattraktivität, aber auch mit dem Dauerbrenner Überregulierung, der gerade die kleineren Institute an den Rand ihrer Kräfte und Möglichkeiten bringt. Das ist auch der wesentliche Grund dafür, dass sich in unserem Verbandsgebiet im vergangenen Jahr die beiden Sparkassen in Borken und Schwalmstadt zum 1. Juli 2023 zusammengeschlossen haben.

System Sparkasse in Zeiten der Multikrisen stabil und resilient

Wenn man die letzten Jahre Revue passieren lässt, dann hat sich das System Sparkasse trotz der vielfältigen und heftigen Krisen als sehr resilient erwiesen. Unsere Institute haben nicht nur diese Multikrisen gut überstanden. Sie sind auch ordentlich durch die langen Jahre der verfehlten Zinspolitik der EZB von Niedrig- und Negativzinsen gekommen. Zudem hat ihnen auch die folgende abrupte und heftige Zinswende von 2022/2023 nichts anhaben können, die zum Beispiel in den USA im Frühjahr 2023 bei manchen Banken durchaus zu Verwerfungen geführt hat.

Diese Grundstabilität im Kundengeschäft und auch in der Ertragsentwicklung verdanken unsere Sparkassen ihrem Geschäftsmodell, das sich seit Jahrhunderten bewährt hat und das wir durch Weiterentwicklungen gezielt in die Moderne führen. Inzwischen können die Sparkassen nicht nur digital. Sie können es sogar besser als die sogenannten Neobanken. Das hat gerade wieder der Digital Banking-Index der Beratungsfirma Oliver Wyman bewiesen, bei dem die Sparkassen in punkto Digitalisierungsgrad aus Kundensicht am besten abgeschnitten haben. Im Fokus stehen dabei die Benutzerfreundlichkeit und Betreuung sowie die Themen Vertrieb, Marketing und Innovation im digitalen Kontext.

Wir setzen auch bei der Wahrnehmung unseres öffentlichen Auftrags zunehmend auf digitale Kanäle, um zum Beispiel beim Thema finanzielle Bildung die junge Generation besser erreichen zu können.

Kooperation mit Daniel Jung

Wir haben zum einen den Sparkassen-Schulservice mit seinem kostenlosen Angebot an Unterrichtsmaterialien rund ums Thema Finanzen aus der Papier- in die Portalwelt überführt. Zum anderen sind wir in der Sparkassenregion Hessen-Thüringen eine Kooperation mit dem YouTube-Influencer Daniel Jung eingegangen, der bei Jugendlichen mit seinen Mathematik-Tutorials über eine große Reichweite verfügt. Sechs Erklärvideos sind bereits online gegangen, zum Beispiel zu den Themen Online-Banking, Geldanlage und Zinsen. Mit dieser Kooperation tragen wir dem Umstand Rechnung, dass Influencer inzwischen einen großen Einfluss auf die jungen Menschen ausüben und wir sie dadurch auch mit etwas sperrigeren Finanzthemen besser erreichen können.

Die digitale Leistungsfähigkeit der Sparkassen zeigt sich vor allem auch im Zahlungsverkehr, wo immer mehr Kundinnen und Kunden unsere Online-Kanäle nutzen, nämlich 29,7 Mio. das Online-Banking und 16,3 Mio. die Sparkassen-App. Das sind 1,5 Mio. bzw. 2,3 Mio. mehr als im Vorjahr.

EPI und digitaler Euro

Die Sparkassenorganisation war auch beim Thema European Payments Initiative (EPI) ein maßgeblicher Treiber, die noch in diesem Jahr in die praktische Umsetzung gehen wird. Wir halten EPI für einen sehr guten Antritt, um Europa bei den Bezahlverfahren von den bislang dominierenden amerikanischen Anbietern unabhängiger zu machen.

Deshalb sehe ich auch die bislang bekannten Pläne für einen digitalen Euro kritisch.

Denn – um den früheren Wirtschaftsweisen Peter Bofinger zu zitieren – in der jetzigen Konzeption schaffen die Europäische Kommission und die EZB eine Lösung für ein Problem, das es gar nicht gibt. Der digitale Euro soll nämlich nicht einfach wie Bargeld als reines Bezahlmittel ausgestaltet werden, das dann gleichsam als Rohmaterial in bestehende oder künftige Bezahlverfahren integriert werden kann. Der Plan ist vielmehr, ihn zu einem vollumfänglichen, parallelen Bezahlverfahren auszubauen. Damit würde die Zentralbank aber in direkte Konkurrenz zu den Geschäftsbanken treten, was ordnungspolitisch abzulehnen ist, weil ja mit EPI in Kürze ein leistungs- und ausbaufähiges europäisches Bezahlverfahren startklar ist, das nicht-europäischen Anbietern Paroli bieten kann. Genau dieses Ziel verbinden Kommission und EZB auch mit dem digitalen Euro.

Politik und Notenbank haben jahrelang dafür geworben, dass die Kreditwirtschaft ein europäisches Bezahlverfahren entwickelt. Banken und Sparkassen haben das getan und dafür viel investiert. Jetzt steht EPI kurz vor dem Start und nun soll mit dem digitalen Euro ein Paralleluniversum aufgebaut werden. Solche Doppelstrukturen machen aber keinen Sinn und müssen vermieden werden.

IV. Fazit

Damit komme ich zum Schluss. Die Sparkassen in Hessen und Thüringen können mit der Geschäfts- und Ertragsentwicklung des Jahres 2023 angesichts der nicht einfachen Rahmenbedingungen durchaus zufrieden sein. Das vergangene Jahr hat erneut unterstrichen, dass das Geschäftsmodell der Sparkassen allwettertauglich ist. Das macht uns auch für die Zukunft zuversichtlich.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!